

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmitt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

Den Umgang der Regierung mit dem Schürmann-Bau kritisiert **Otto Reschke MdB**: Un-erträgliche Hinhaltenaktik.

Seite 1

Die Haushaltsschwerpunkte der Stuttgarter Landesregierung legt **Ulrich Maurer MdL** dar. Sozialdemokraten konnten ihre Vorstellungen durchsetzen.

Seite 2

Das BVG-Urteil zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten bewertet **Ulla Schmidt MdB**: Ein Schritt nach vorne.

Seite 3

Schlußfolgerungen aus Entführung und Rückführung des kleinen Tristan Wattjes zieht **Jochen Weitz MdB**: Das europäische Rechtssystem darf nicht zur Farce werden.

Seite 4

50. Jahrgang / 10

13. Januar 1995

### Un-erträgliche Hinhaltenaktik

Der Regierungsumgang mit dem Schürmann-Bau

Von **Otto Reschke MdB**

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages

Nach mehr als einem Jahr Stillstand auf der Baustelle an der Kurt-Schumacher-Straße scheint sich jetzt endlich eine Entscheidung anzubahnen, die seit langem überfällig ist. Die Absichtserklärung des Bundesbauministers, den Schürmann-Bau zu vollenden, kann nur begrüßt werden. Der Abriß des fast vollendeten Rohbaus und die Errichtung eines neuen, anderen Gebäudes hätte das Gesicht des Parlamentsviertels sicherlich nicht vorteilhaft beeinflusst.

Auch wenn der Bundesbauminister in dieser Frage endlich Farbe bekannt hat, so weicht er immer noch anderen wesentlichen Fragestellungen aus. Der bloße Hinweis auf die Beschlußlage des Haushaltsausschusses im Hinblick auf die Nutzung des Schürmann-Baus durch die Deutsche Welle ersetzt nicht den Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Umzuges der Deutschen Welle von Köln nach Bonn. Diesen Nachweis muß der Bundesbauminister aber führen!

Es fehlt auch jegliche Aussage darüber, was mit den Firmen geschehen soll, deren Verträge für die Fertigstellung des Schürmann-Baus bereits gekündigt worden sind - wie soll deren Entschädigung aussehen, für die die Bundesregierung als Bauherrin gerade zu stehen hat.

Gänzlich vermißt werden Äußerungen der für die Umzugstrage mit verantwortlichen Minister der Finanzen und des Inneren. Diese Hinhaltenaktik ist für alle Betroffenen - und dabei denke ich in erster Linie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Welle und des Deutschlandradios ebenso wie an die Städte Köln und Bonn - nicht mehr zu ertragen.

Der Bundesbauminister verbreitet jetzt nur Optimismus. Dies ist sicherlich für die Psyche etwas gutes, aber für konkrete Planungen ist dies eine Kategorie, die als Maßstab nicht herangezogen werden kann.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Presseclenst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verändertes Logo  
mit dem Namen des  
Redaktions-Bau



Ich erinnere nur an die Aussagen der damaligen Bundesbauministerin im Haushaltsausschuß. Danach war der für den Umzug der Deutschen Welle gesetzte Termin 1. Juli 1997, angeblich bei Vollendung des Schürmann-Baus nur zu halten, wenn mit den Bauarbeiten im Sommer des vergangenen Jahres begonnen worden wäre. Woher der Minister jetzt seinen Optimismus nimmt, bleibt sein Geheimnis.

Für mich ist die Nutzerfrage vor diesem Hintergrund nach wie vor ungeklärt. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung endlich ein wirtschaftliches Konzept vorzulegen. Die UNV könnte ja einziehen - dies löst das Problem aber nur zu bestenfalls zehn Prozent. Die Stadt Bonn braucht aber eine 100 Prozent Lösung und keinen Verschiebebahnhof innerhalb der Region.

(-/13. Januar 1995/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Haushaltsschwerpunkte für Kinder, Familie, Schule und Umweltschutz**  
**Die Sozialdemokraten konnten ihre Vorstellungen in der Stuttgarter Koalition durchsetzen**

**Von Ulrich Maurer MdL**

**SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg**

Die Große Koalition in Baden-Württemberg wird ihre Politik der Reform auf der Grundlage einer seriösen Haushalts- und Finanzpolitik konsequent fortsetzen. Das zusätzliche beschlossene Ausgabevolumen für 1995/96 liegt bei jährlich etwa 70 Millionen Mark. Im Zuge der noch nicht vollständig abgeschlossenen Feinabstimmung kann es sich dabei als notwendig herausstellen, im Jahr 1995 etwas unterhalb des Betrags von 70 Millionen DM zu bleiben und dafür im Gegenzug im Jahr 1996 die Summe von 70 Millionen DM um den entsprechenden Betrag aufzustocken.

Die SPD hat von Anfang an betont, daß sie im Verlauf der Haushaltsberatungen einen Schwerpunkt vor allem zu Gunsten von Kindern und Familien setzen will. Zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission "Kinder in Baden-Württemberg" wird der Haushaltsentwurf deshalb um 35 Millionen DM (1995 plus 13 Millionen DM, 1996 plus 22 Millionen DM) aufgestockt werden. Damit können künftig auch altersgemischte Gruppen in Kindertagesstätten ebenso wie Kinderbetreuungseinrichtungen von Elterninitiativen gefördert werden. Ermöglicht wird auch die integrative Erziehung von Behinderten und Nichtbehinderten und der Bezug von Landeserziehungsgeld bei Teilzeitarbeit. Fortschritte gibt es bei der Altersversorgung von Tagesmüttern, der Fachberatung sowie der Fort- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern.

Mit dem Vorziehen von 200 neuen Lehrstellen aus dem Jahr 1996 in das Jahr 1995 (1995 plus acht Millionen DM, 1996 plus zwölf Millionen DM) wird ein Absinken des Bildungsniveaus infolge zu großer Klassen verhindert. Sowohl diese neuen als auch die weiteren freiwerdenden Lehrstellen werden unter Berücksichtigung eines kleinen Ausnahmekorridors grundsätzlich nur noch mit Angestellten mit Teilzeit-Deputat besetzt und damit mehr angehenden Junglehrern eine berufliche Perspektive eröffnet.

Mit zusätzlich 15 Millionen DM (1995 plus 7,5 Millionen DM, 1996 plus 7,5 Millionen DM) wird der Klimaschutz und insbesondere die Förderung von Solaranlagen, Windenergie und Wasserkraft vorangetrieben. Die entschiedene Förderung dieser regenerativen Energiequellen sowie die anlaufenden Pilotprojekte der von der Großen Koalition gegründeten Energie- und Klimaschutzagentur sind von großer Bedeutung für die ökologische und ökonomische Zukunft des Landes. Für die Verbesserung der Abwasserbeseitigung werden 20 Millionen DM (1995 plus zehn Millionen DM, 1996 plus zehn Millionen DM) aus dem Altlastenfonds im Rahmen des kommunalen Investitionsfonds umgeschichtet.

In den noch anstehenden Verhandlungsrunden will die SPD-Fraktion im Stuttgarter Landtag angesichts des bevorstehenden europäischen Naturschutzjahres eine verstärkte Anstrengung des Landes im Naturschutz durch Förderung von Renaturierungsmaßnahmen erreichen.

Um notwendige technologische Erneuerungen gerade auch bei mittelständischen Unternehmen voranzubringen, werden zusätzlich acht Millionen DM (1995 plus drei Millionen DM, 1996 plus fünf Millionen DM) zur Förderung der industrienahen Forschung (C1-Programm) bereitgestellt. Eine zusätzliche Million (1995 plus 0,5 Millionen DM, 1996 plus 0,5 Millionen DM) fließt in Maßnahmen der Entwicklungshilfe.

Die Technologiestruktur bei der Polizei wird mit einem Sonderprogramm in den nächsten beiden Jahren im Umfang von zwölf Millionen DM (1995 plus sechs Millionen DM, 1996 plus sechs Millionen DM) deutlich verbessert. Hieraus können auch Sonderbeschaffungen von Dienstfahrzeugen vorgenommen werden.

Einigkeit besteht auch darin, der spezifischen Problematik des Ministeriums für Frauen, Familien, Weiterbildung und Kunst mit seinem außerordentlich hohen Anteil an Freiwilligkeitsleistungen bei der Erwirtschaftung der globalen Minderausgaben gerecht zu werden und damit eine Niveaueverschlechterung bei den Weiterbildungseinrichtungen, den Kommunaltheatern und den Musikschulen zu verhindern. Zugelegt werden soll auch bei den soziokulturellen Zentren, den Kleintheatern, der Laienmusik und der Heimatpflege. Die Konkretisierung dieser Zielsetzung wird noch vor der Beratung des Haushalts des Kunstministeriums erfolgen.

Noch verhandelt wird der Vorschlag der SPD, die Mittel des Landes zur Förderung des Wohnungsbaus nochmals zu steigern. Dabei sollen vor allem Förderwege gestärkt werden, die über eine Subjektförderung eine Einbeziehung von Familien mit durchschnittlichem Einkommen ermöglichen.

Für eine aktivere Sektenbekämpfung werden zusätzliche 0,2 Millionen DM (1995 plus 0,1 Millionen DM, 1996 plus 0,1 Millionen DM) bereitgestellt. Damit kann der Zuschuß an die ABI aufgestockt und die parapsychologische Beratungsstelle in Freiburg weitergefördert werden.

Letztendlich erhalten die Universitäten in Stuttgart und Hohenheim einen neuen gemeinsamen Studiengang "Kommunikationswissenschaft".

Die SPD-Landtagsfraktion hat damit Wort gehalten. Alle von ihr angekündigten notwendigen Haushaltskorrekturen wurden ohne Erhöhung der Neuverschuldung in die Tat umgesetzt.

(-/13. Januar 1995/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein Schritt nach vorne**

**Das BVG-Urteil zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten**

**Von Ulla Schmidt MdB**

**Vorsitzende der Querschnittgruppe Gleichstellung von Frau und Mann der SPD-  
Bundestagsfraktion**

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten ist für die Frauenpolitik ein erheblicher Schritt nach vorne. Demnach ist es verfassungsgemäß, wenn Gemeinden, wie im vorliegenden Fall in Schleswig-Holstein, gesetzlich verpflichtet werden, kommunale Gleichstellungsbeauftragten zu bestellen. Das Bundesverfassungsgericht hat damit anerkannt, daß zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen gesetzliche Maßnahmen zulässig sind.

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte sind ein wirksames Instrument zur Durchsetzung der Gleichberechtigung in Städten und Gemeinden. Frauenbeauftragte haben vor Ort eine vielfältige und anspruchsvolle Arbeit zu leisten, nicht nur innerhalb der Kommunalverwaltung sondern auch für die breite Öffentlichkeit. Dort, wo bisher noch die nötige Überzeugung für die Notwendigkeit der Gleichstellungsbeauftragten fehlte, mag die Urteilsbegründung des Bundesverfassungsgerichts nun eine lehrreiche Lektüre sein.

(-/13. Januar 1995/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Das europäische Rechtssystem darf nicht zur Farce werden**  
**Was uns Entführung und Rückführung des kleinen Tristan Wattjes lehren**

Von Jochen Welt MdB

Der Fall des kleinen Tristan Wattjes aus Recklinghausen sorgte bundesweit für großes Aufsehen.

Erst nach 14 monatigen intensiven Bemühungen, unter Ausschöpfung aller politischen und rechtlichen Möglichkeiten, konnte die Mutter ihren Sohn, der von seinem leiblichen aber nicht sorgeberechtigten Vater nach Italien entführt worden war, wieder in die Arme schließen. Es bedurfte schon meiner politischen Aktivitäten in Italien, um, begleitet durch eine beispiellose Hilfsaktion in Deutschland und Italien, den Vater dazu zu bewegen, den Jungen der Mutter zurückzugeben.

Anhand dieses Falles zeigt es sich wieder einmal, wie wichtig es ist, internationale Übereinkommen nicht nur zu schließen, sondern auch zu ratifizieren und in die Tat umzusetzen.

Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, daß die deutschen Botschaften am 12. Dezember 1994 im Ausland angewiesen worden sind, auf die Staaten diplomatischen Druck auszuüben, die das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung und das europäische Abkommen vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses, noch nicht paraphiert haben.

Der vorliegende Fall ist, wie mir das Justizministerium auf meine Anfrage an die Bundesregierung hin mitteilte, wie ein Großteil der anderen Fälle glücklich zu Ende gegangen. Dennoch bleibt für die Angehörigen der monatelange, teilweise jahrelange Kampf um ihre Rechte und den Kontakt mit ihren Kindern. Es ist gerade im Rahmen eines zusammenwachsenden Europas unakzeptabel, daß gerade in diesen Bereichen, in denen es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Staaten nicht geben dürfte, keine gemeinsamen, unbürokratischen, leicht umzusetzenden Übereinkünfte geschlossen und vollzogen werden können.

Schaffen wir es hier nicht, eine Rechtsangleichung vorzunehmen und diese auch in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen, wird das ganze europäische Rechtssystem zur Farce. Meinen wir es ernst mit einem Europa unter einem Dach, müssen bürokratische Hemmnisse verschwinden und den Menschen das Sicherheitsgefühl nicht nur in den eigenen Landesgrenzen sondern darüber hinaus vermittelt werden.

Das Schicksal und der Zustand der Mutter des kleinen Tristan Wattjes hat mir wieder einmal klar gemacht, daß wir noch viel tun müssen. Ich glaube im Interesse der Menschen in Europa ist es notwendig, daß wir gerade in diesen, den ganz persönlichen Bereich betreffenden Problemen, das praktizieren, was immer wieder gefordert wird: Ein zusammenwachsendes Europa zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger.

(-/13. Januar 1995/rs/ks)

\*\*\*\*\*